antifa-rundbrief

Informationen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – VVN – Bund der Antifaschisten LV Schleswig-Holstein e.V.

Nr. 74 Januar 2012

NPD-Verbot: Jetzt aber richtig!

Das ist das Motto der dritten und – wie wir hoffen – der letzten Phase der NoNPD-Kampagne unserer VVN-BdA! 175 445 Menschen haben bereits 2007 gefordert, ein neues Verbotsverfahren nach Artikel 21 Abs. 2 Grundgesetz gegen die NPD auf den Weg zu bringen. 5405 Menschen haben im Jahr 2009 ihre Argumente für ein NPD-Verbot auf der Kampagnen-Seite nonpd eingestellt. Das faschistische Menschenbild widerspricht bereits dem Artikel 1 des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“



Foto: Lore Meimberg

Wir fordern die Einhaltung des Grundgesetzes!

Wir fordern die Abschaffung des V-Leute-Unwesens!

Seit 1990 sind fast 200 Menschen Opfer des neofaschistischen Terrors geworden! Gewalt und Mord sind Programm der Neofaschisten – und das nicht erst, seit die Zwickauer Terrorzelle öffentliche Aufmerksamkeit erregt. Wenn wir ein Verbot aller neofaschistischen Gruppen und insbesondere ihres ideologischen und organisatorischen Kerns, der NPD, fordern, dann meinen wir nicht nur einen juristischen Verwaltungsakt! Verbot der NPD, das heißt für uns:

- Sofortige Auflösung der neofaschistischen NPD!
- Einziehung aller Vermögenswerte!
- Schließung aller neofaschistischen Presseorgane und Einzug deren Vermögens!
- Bestrafung aller für die Nazi-Gewalttaten Verantwortlichen!
- Verbot aller Nachfolge- bzw. Tarnorganisationen!
- Ausschluss aller Nazis aus den Landes- und Kommunalparlamenten!
- Schluss mit der staatlichen Verfolgung von Antifaschisten und deren Gleichsetzung mit den neofaschistischen Mördern!

Wie können wir die NoNPD-Kampagne unterstützen?

◆ Überlassen wir die Durchsetzung des NPD-Verbots nicht allein dem Staat!
◆ Unterschreiben wir den Aufruf „NPD-Verbot: Jetzt aber richtig“ auf unserer homepage www.npd-verbot-jetzt.de!
◆ Besorgen wir uns Sammel-Formulare oder drucken diese von unserer homepage aus!
◆ Verbreiten wir unsere Informationsmaterialien in der Öffentlichkeit!
◆ Unterstützen wir die NPD-Verbotskampagne der VVN-BdA durch Spenden!

Klar ist allerdings: Allein mit einem NPD-Verbot verschwindet die neofaschistische Ideologie nicht aus den Köpfen der Menschen! Wir müssen mit den Menschen diskutieren und unsere Informationsmaterialien verbreiten: Vor allem aber sollten wir unsere Ausstellung zum Thema „Neofaschismus in Deutschland“ überall in Schleswig-Holstein präsentieren! Bundesweit wurde sie bereits mehr als 120mal in Rathäusern, Gewerkschaftshäusern, Schulen, Volkshochschulen, Universitäten und anderen Orten gezeigt. Allein in unserem Bundesland Schleswig-Holstein war die Ausstellung schon in Pinneberg, Lübeck, Eckernförde, Kappeln, Schleswig, Süderbrarup, Husum, Flensburg und Neumünster zu sehen, an einigen dieser Orte an mehreren Standorten. Die Ausstellung kann weiterhin ausgeliehen werden. (*Informationen dazu gibt es über die Mailadresse vvn-bda-sh@t-online.de. oder die Tel: 04351-666 08 05*).

Schon jetzt ist klar: Im Neuen Jahr wird es uns nicht langweilig werden! Halten wir uns an das Motto Erich Kästners „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“.

⟶

Kommentar

NPD verbieten – Verfassungsschutz abschaffen

„Zehn Menschen könnten noch leben, wenn die Geheimdienste ihre Arbeit getan hätten. Es ist Zeit, sie abzuschaffen“. Diese Sätze formulierte nicht etwa eine antifaschistische Publikation, wie man vermuten könnte, sondern die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung. Wir können ihr nur in vollem Maße zustimmen. Denn die größte Schande seit Bestehen der Bundesrepublik, von der Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach, besteht nicht im Versagen von Geheimdiensten, Polizei und Justiz und auch nicht in fehlender Kommunikation zwischen Bund und Ländern, sondern in der direkten Zusammenarbeit von Naziterroristen und den Ämtern für Verfassungsschutz. So, wie sich der Bundesinnenminister Friedrich weigert, den Weg für einen neuen Verbotsantrag gegen die NPD durch Abschalten der so genannten V-Männer freizumachen, sahen staatliche Organe zu, wie der Nationalsozialistische Untergrund mordete, brandschatzte, untertauchte und sich vernetzte, und das auch noch mit finanzieller Unterstützung des Verfassungsschutzes. Total fassungslos macht die Enthüllung, dass der Verfassungsschutz die Neonazis vor Fahndungsmaßnahmen der Polizei warnte.

Nur ein über alle Maßen naiver, politisch ungebildeter und von den Medien antikommunistisch fehlgesteuerter Mensch wird glauben, es seien eine Reihe von Zufällen und Pannen gewesen, die eine Entdeckung der Terrorzelle verhinderte. Die unter Neonazis beliebte Band „Gigi und die braunen Stadtmusikanten“ wusste es offenbar ganz genau, als sie 2009 in ihrem Song „Döner-Killer“ von neun toten Türken sang, denen noch weitere folgen würden und von denen die Polizei nichts weiß: „Keine DNA, kein Fingerabdruck, denn Neun sind nicht genug.“

Aber Innenminister Friedrich (CSU) versicherte im Sommer dieses Jahres nach den Anschlägen von Norwegen, in Deutschland gäbe es keine Strukturen von Naziterroristen. Kurze Zeit danach richtete er den Blick wieder auf die politische Linke, die eine Gefahr für die Demokratie darstelle. Für deren Bekämpfung stellte er mehr finanzielle Mittel bereit und legte eigens ein „Aussteigerprogramm für Linke“ auf, mit dem er offensichtlich nichts anderes im Sinn hatte, als weitere Spitzel für sein dubioses Amt anzuwerben. Zurzeit hört man nichts von Friedrichs Plänen, aber man geht nicht fehl in der Vermutung, dass er sie nicht aufgegeben hat. Mittlerweile ist Verfassungsschutzpräsident Uhrlau aus Altersgründen in den Ruhestand versetzt worden. Aber Minister Friedrich bleibt weiter im Amt. Er hat noch genug damit zu tun, Gründe gegen ein Verbot der NPD zu sammeln. Allerdings hat er ein Problem mit der Bevölkerung, denn nach einer ARD-Umfrage sprechen sich 74 Prozent der Deutschen für ein NPD- Verbot aus. Immer mehr Menschen fordern mit Berufung auf das Grundgesetz die Trockenlegung des braunen Sumpfs, denn schon die Verbreitung der ausländerfeindlichen, rassistischen Ideologie ist strafbar.

Eine sehr traurige Rolle spielten auch die Medien. Die Morde der über ganz Deutschland vernetzten Terrorzelle wurden von Bild bis Welt kurzerhand den Opfern zugeschrieben. Die Bild-Zeitung schrieb von „Dönermorden“ und von einer „schwer durchdringbaren Parallelwelt, die Killer schützt.“ Derselbe Autor behauptete sechs Tage nach einem weiteren Mord in Nürnberg: „Erst jetzt steht fest: Dönerbuden-Besitzer Ismail Yazar (50) wurde das Opfer eines Auftragsmörders der türkischen Drogenmafia“. Die Mafia operiere aus den Bergen Anatoliens, so wurde behauptet und verdiene ihr Geld mit Drogengeschäften und dem Verschieben von gestohlenen Autos. Das passt in die ausländerfeindliche Vorstellungswelt eines keineswegs geringen Teils der Leserschaft. Als Informanten nannte der Schreiber einen namentlich nicht genannten „Ermittler“, der eine „zuverlässige Quelle“ sei. Aber der einmal ausgefahrenen Spur folgten auch andere Medien anstatt einer in Sonntagsreden immer wieder behaupteten ethischen Sorgfaltspflicht zu folgen. Es schmerzt, beschämt und bleibt eine offene Wunde, sich auszumalen, wie die Angehörigen der Ermordeten gelitten haben müssen und immer noch leiden. Keine „Entschädigung“, von Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberg ins Gespräch gebracht, kann ihr Leid vergessen machen, zumal fremdenfeindliche und rassistische Ideologie weiter ungestraft öffentlich verbreitet werden kann

Zu Recht hat die VVN-Bund der Antifaschisten in einer Stellungnahme zu den Mordtaten der Nazis geschrieben: „Die Mordserie der neofaschistischen Terrorgruppe, die sich „Nationalsozialistischer Untergrund“ nennt, belegt auf dramatische Weise: „Neofaschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.“

Günther Wilke

Fortsetzung von Seite 1

Die Vorsitzende des Auschwitz-Komitees, Esther Bejerano, schreibt in dem Offenen Brief des Auschwitz-Komitees an die Regierenden u.a.:

„Wir, die letzten Zeugen des faschistischen Terrors, rufen auf: (…) Aus der Erfahrung unseres Lebens sagen wir: Nie mehr schweigen, wegsehen, wie und wo auch immer Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit hervortreten! Erinnern heißt handeln!

Allen Antifaschistinnen und Antifaschisten in unserem Land, allen Mitstreitern im Sinne des Schwures von Buchenwald wünschen wir ein gutes neues Jahr 2012, auch Gesundheit, verbunden mit der Hoffnung, dass es friedlicher werden möge als das vergangene Jahr;

Landesvorstand der VVN-BdA Schleswig-Holstein, i.A. Hartmut Büchsel



Auf Ostermarsch

Foto: Christel Pieper

Terrorstrukturen auch in Schleswig-Holstein?

Völlig überraschend kommt plötzlich eine Terrorzelle, ein Nazi-Trio ans Licht, – überraschend jedenfalls für Sicherheitsbehörden und die meisten Presseorgane, die deren Beschwichtigungen unkritisch übernehmen, wenn es um Neofaschismus in Deutschland geht.

Entweder haben die Sicherheitsbehörden geschlafen, waren auf dem rechten Auge blind oder haben in irgendeiner Form kooperiert, um die rechten Mörder über 10 Jahre lange ungeschoren ihren Plänen nachgehen und ihre Ferien an der Ostsee inmitten anderer Touristen verbringen zu lassen.

Aber Schleswig-Holstein ist, wenn es um neofaschisten Terror geht, beileibe nicht nur Urlaubsland. Oder sind die Brandanschläge von Mölln und Lübeck (s. S. 4) schon vergessen?

Das sind jedoch nicht die einzigen terroristischen Anschläge in Schleswig-Holstein. Schon 1978 überfiel die Terrorgruppe „Werwolf Deutsches Reich“ in Husum ein britisches Militärfahrzeug, um sich Waffen zu beschaffen. Mit dabei der frühere NPD-Kreisvorsitzende Nordfriesland und Unterstützer der NSDAP/AO, Ernst-August Möller aus Tönning sowie Jürgen Töpke, der sowohl 2008 zur Kommunalwahl wie auch 2009 zur Landtagswahl für die NPD kandidierte. 1979 war er an der Vorbereitung eines Bombenanschlags auf das Hamburger Logenhaus beteiligt, bei dem der Tod der fünfköpfigen Hausmeisterfamilie ausdrücklich in Kauf genommen werden sollte.

In Kiel kam und kommt es immer wieder zu Anschlägen. Hier seien nur aus einer großen Anzahl von neofaschistischen Anschlägen erwähnt:

◗ Im April 2009 wird ein Mitglied der Tanz-Kompanie von einem der Polizei bekannten Neonazi zusammengeschlagen und so schwer verletzt, dass er seinen Beruf nicht mehr ausüben kann. Vorher hatte die Polizei einen nicht genehmigten Aufmarsch von ca. 25 Neonazis verhindert und angeblich die Gruppe so lange beobachtet, bis „nachweislich“ alle die Innenstadt verlassen hätten. Der „Runde Tisch Kiel“ hatte einen Infostand aufgebaut, den die Neonazis offenbar angreifen wollten, von Antifaschisten aber erfolgreich verteidigt wurde. In diesem Zusammenhang schätzt der Inlandsgeheimdienst Verfassungsschutz das neofaschistische Lager in Kiel ein als eine „Mischung aus NPD-Mitgliedern, Neonazis und Anhängern einer subkulturellen Szene“, die die Auseinandersetzung mit dem Staat sucht.

◗ Im Januar 2010 durchschlugen zwei 9mm-Geschosse ein Fenster in der „Alten Meierei“, einem antifaschistischen Wohnprojekt in Kiel.

◗ Der Buchladen Zappata wurde immer wieder Ziel neofaschistischer Angriffe.

◗ Im Mai 2010 wurde das genossenschaftliche Kultur- und Wohnprojekt „Dampfziegelei“ in Kiel-Wik von Neonazis überfallen, die bewusst die Scheiben des von außen als solches erkennbaren Kinderzimmers einwarfen. Glücklicherweise blieb das Kind körperlich unverletzt,

◗ Im Wahljahr 2009 kündigten die Kieler Neonazis an, sie wollten „die Landeshauptstadt wieder zur Frontstadt“ machen. Sie riefen ihre Anhänger auf, frei agierende „Werwolfeinheiten“ zu bilden. „Denn es ist nicht bloß von Bedeutung, dass die parteigebundenen und die parteifreien Kräfte einander annähern, ALLE nationalen Kräfte müssen sich im Land vereinen, um wahre Erfolge verbuchen zu können! […]Wir unterstützen die NPD in ihrem Wahlkampf, denn die Partei ist auch Unterstützer unserer Aktivitäten!“

Dies ist übrigens das Konzept, das in der seit wenigen Jahren verbotenen „Blood& Honor“-Bewegung entwickelt wurde und auch von der Terrorgruppe um Bönhardt, Mundlos und Tschäpe umgesetzt wurde. In diesen Zusammenhang gehört natürlich auch der frühere Landesvorsitzende der NPD Schleswig-Holstein, Peter Borchert. Laut Wikipedia führte er 2000 bis 2003 als Vorsitzender den Schleswig-Holsteinischen Landesverband, welcher zu diesem Zeitpunkt vom Innenministerium als bundesweit radikalster Verband angesehen wurde. Die durch seine Vergangenheit glaubwürdige und fundierte radikale und militante Positionierung hat Borchert neben allen Anfeindungen im eigenen Lager Zuspruch eingebracht, so dass er sich in weiten Kreisen, besonders der radikalen Basis, auf Unterstützung berufen kann. Sein Kontakt zum Polizistenmörder Kay Diesner war bekannt. Borchert forderte wiederholt statt einer Distanzierung eine solidarische Haltung des Nationalen Widerstands zu Diesner als Person und Politikum.

Immer wieder hat es auch im Kreis Pinneberg geplante Terrorangriffe und Todesandrohungen gegeben (s.S.5). Und die Überfälle auf die Mai-Kundgebungen des DGB, zuletzt 2011 in Husum mit einem Verletzten, sind auch noch in unguter Erinnerung.

Löst man sich von der Sicht auf die einzelnen Vorkommen und betrachtet die neofaschistischen Aktivitäten insgesamt, so kommt man zu folgendem Ergebnis:

■ Alle neofaschistischen Parteien und Organisationen, Kameradschaften und sonstige nicht Parteigebundene verstehen sich und erkennen die anderen als Teil der „Bewegung“.

■ Die NPD bietet – mal mehr, mal weniger – allen ihre Strukturen an und den Schutz des Parteienprivilegs



1. Mai in Husum: Zerstörte Infostände

Fortsetzung von Seite 3

- Parteiungebundene Kräfte unterstützen – mal mehr, mal weniger – die NPD in ihren Wahlkämpfen
- Terroristische Netzwerke wie das jetzt aufgeflogene sind lediglich die Spitze des Eisbergs
- Gewalt gegen Menschen, die im Weltbild des Neofaschismus als Gegner gelten, hat eine seit dem Aufkommen des Faschismus im frühen 20. Jahrhundert nie gebrochene Tradition

Das Verbot der NPD als ideologisches und organisierendes Zentrum des heutigen Neofaschismus ist das Gebot der Stunde. Gleichzeitig würde eine nicht unbeträchtliche finanzielle Einbuße durch den Wegfall staatlicher Gelder entstehen. Allerdings, und das muss auch in aller Deutlichkeit gesagt werden, wäre der Neofaschismus dadurch zwar deutlich geschwächt, aber nicht ausgerottet. Seine Ideologie hat viele Anknüpfungspunkte „in der Mitte der Gesellschaft“. Sarrazin und der Verkaufserfolg seines unsäglichen Buches sind dafür nur ein kleiner Hinweis. Studien sprechen von bis zu 20 % Bürger mit einer geschlossen neofaschistischen Überzeugung.

Also mit oder ohne Verbot der NPD: der antifaschistische Kampf geht weiter. Mit einem NPD-Verbot vielleicht etwas leichter. *rb*

Lübeck und Umgebung

Juli 1992: Überfall auf das Asylbwerberheim in Bahlen Mecklenburg-Vorpommern mit Heino Förster, NPD Kreisvorsitzender im Krs. Hzgt. Lauenburg

Heino Förster aus Mölln und Kreisvorstand der NPD im Kreis-Herzogtum Lauenburg, mit 77 Jahren der Älteste Kandidat der NPD bei der Landtagswahl 2008, ist wegen versuchten Mordes 1993 zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden. Förster war im Juli 1992 bei einem Überfall auf das Asylbewerberheim in Bahlen in Mecklenburg-Vorpommern mit beteiligt.

Er habe von dem Überfall gewusst, so die Staatsanwaltschaft Schwerin. Der NPD-Funktionär sei am Abend des Angriffs am vereinbarten Treffpunkt erschienen, hätte sich am Überfall selbst jedoch nicht beteiligt. Förster hatte damals großen Einfluss bei den Skinheads in Mölln, die Veranstaltungen störten und Gewalt den Besuchern androhten.

Mordanschlag von Mölln am 23. Nov. 1992 durch NPD Kreisvorstandsmitglied

Der Mordanschlag von Mölln war ein Brandanschlag mit Molotowcoktails in der Nacht auf den 23. November 1992, auf zwei von türkischen Familien bewohnte Häuser. Er wurde verübt von dem Neanazi Michael Peters, Mitglied im Kreisvorstand der NPD ,und Lars Chrsitiansen, einem Mitläufer.

Im zuerst attackierten Haus gab es kein Todesopfer, jedoch neun zum Teil schwer Verletzte. Im zweiten Haus kamen die zehn- und vierzehnjährigen Mädchen Yeliz Arslan und Ayşe Yılmaz sowie ihre 51-jährige Großmutter Bahide Arslan in den Flammen um. Noch während der Löscharbeiten gab es Bekenneranrufe bei der Polizei, die mit „Heil Hitler” schlossen. Die Notruf-Fangschaltung führte nicht zu den Anrufern.

Versuchte Brandanschläge durch Peters im September 1992 in Gudow und Kollow durch Peters und Freunde.



Nach den Brandanschlag in Mölln 1992 *Foto: Lore Meimberg*

Ratzeburg am 25, Dezember 2008

In den frühen Morgenstunden des 25. Dezember 2008 attackierten sieben Rechtsradikale einer Gruppe linker Jugendlicher in Ratzeburg. Bei dem Angriff, bei dem die Rechtsradikalen mit Holzlatten zuschlugen, erlitt ein 24-jähriger schwere Verletzungen im Gesicht und wird möglicherweise das Augenlicht auf einer Seite verlieren.

Lübecker Brandanschlag am 18. Januar 1996

Der Brandanschlag war einer der folgenschwersten rassistisch motivierten Verbrechen der deutschen Nachkriegszeit. Als tatverdächtig galten vier junge Männer aus der Skinheadszene Grevesmühlens. Der Verdacht gegen die aus dem rechten Milieu stammende Gruppe Jugendlicher aus Mecklenburg-Vorpommern, an deren Gesichtern ein Gerichtsmediziner in der Tatnacht frische Brandspuren feststellte, konnte nicht weiter erhärtet werden.

Zehn Asylbewerber aus Zaire, Ghana, Togo, Tunesien, Syrien und dem Libanon, darunter Kinder und Jugendliche, kamen ums Leben, 38 weitere Menschen wurden zum Teil schwer verletzt. Zahlreiche Menschen waren in Panik aus den Fenstern des brennenden Mehrfamilienhauses gesprungen, das aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg stammte.

Nach den Morden der NSU Nazis soll der Fall evtl. wieder aufgerollt werden.

Überfall auf das Büro der „Linken“ in Schwarzenbek am 13/14.3.2010

Bernd Meimberg

Kreis Pinneberg

Morddrohungen gegen IG Metall-Sekretär Uwe Zabel

„Wir müssen mit den militanten Neonazis anders umgehen. Hier handelt es sich nicht um irregeleitete Jugendliche“, warnte Uwe Zabel, damals Bevollmächtigter der IG Metall im Bezirk Unterelbe als im Jahre 1999 die Jugend seiner Gewerkschaft in Elmshorn ein Konzert „Rock gegen rechts“ organisiert hatte. Die jungen Gewerkschafter wollten es nicht hinnehmen, dass sich die so genannten Freien Kameradschaften den Kreis Pinneberg zu ihrem Schwerpunkt erkoren hatten und Menschen mit ausländischen Wurzeln mit rassistischen Parolen auf offener Straße terrorisierten. Uwe Zabel stellte sich auf die Seite der IG Metall-Jugend und bekam den wütenden Hass der Neonazis zu spüren. Sie verbreiteten in Elmshorn Plakate mit der Aufschrift „Uwe Zabel – Kopfgeld 10 000 DM – tot oder lebendig“. Von einer Brücke über der A 23 sah man Transparente mit der Aufschrift „Elmshorner macht euch frei von der Judentyrannei“ und einer weiteren Morddrohung gegen Uwe Zabel.



Auf der Antifa-Kundgebung in Pinneberg 2009: IG Metall-Sekretär Uwe Zabel und Auschwitz-Überlebende Esther Bejarano

Attacken gegen Bürgermeisterin Brigitte Fronzek

Auch Elmshorns Bürgermeisterin Dr. Brigitte Frontzek (SPD) wurde von den Neonazis bedroht. Die Täter warfen die Scheiben ihres Privathauses ein und legten Hakenkrallen vor ihre Haustür, um ihr Auto fahruntüchtig zu machen. Doch sie ließ sich nicht einschüchtern.



Warnte vor dem Nazi-Terror: Bürgermeisterin Brigitte Fronzek

Journalist aus Togo fast totgeschlagen

Im Jahr 1998 bewegte die Öffentlichkeit im Kreis Pinneberg ein Prozess vor dem Amtsgericht Pinneberg gegen vier einschlägig vorbestrafte Nazi-Schläger, die am Pinneberger Bahnhof einen Journalisten aus Togo aus purem Fremdenhass fast zu Tode geprügelt hätten. Der schwer verletzte Afrikaner entging dem Schlimmsten, weil ihn ein beherzter Taxifahrer in sein Auto zog und ihn sofort ins Krankenhaus brachte. Die vier jungen Männer erhielten Bewährungsstrafen von 12 bis 27 Monaten.

Horst Metzger als Vorsitzender der VVN-Gruppe Wedel besuchte den Taxifahrer und übergab ihm einen Blumenstrauß als Dank für seine mutige Tat.

Antisemitische Anschläge in Pinneberg

Im Juli 2008 wurden zwei Anschläge auf jüdische Einrichtungen in Pinneberg verübt. In der Kreishauptstadt schleuderten Unbekannte Pflastersteine in die Fenster eines Gebetsraums. Zeitgleich erhielt Wolfgang Seibert, Vorsitzender der jüdischen Gemeinde Pinneberg, Drohanrufe. Er wurde als „Drecksjude“ beschimpft. Ein Anrufer drohte: „Das kann jetzt öfter passieren. Ihr habt keine Ruhe mehr. Sieg Heil“. Für Seibert, der den Anschlag sofort öffentlich machte, stand von vornherein fest: Das sind Nazis.

Kurze Zeit nach den Steinwürfen gab es eine weitere antisemitische Attacke in Elmshorn. Unbekannte demolierten die Pforte des jüdischen Friedhofs und versuchten, in das Innere des Friedhofs einzudringen, was aber misslang.

Außerdem:

2000 in Wedel: Überfälle auf Jugendliche am Strandbad, das Jugendzentrum „Die Villa“ wurde angegriffen, der anwesende Zivi bedroht.

Der Info-Kasten der Friedenswerk-

→



statt wurde aus der Verankerung gerissen und in den Mühlenteich geworfen.

2001 in Ellerbek: Überfall auf einen Polizeibeamten

In Elmshorn: Angegriffener Antifaschist kam mit dem Notarztwagen ins Krankenhaus

In Halstenbek: Ein Schwarzafrikaner wurde in der S-Bahn überfallen, Helfer auf die Schienen geworfen.

2009 in Elmshorn: Überfall auf einen Antifaschisten nach einer Veranstaltung der VVN-BdA mit Andrea Röpke

2006: Prozess gegen Ingo Stawitz, Peter von der Born und Stefan Köster. Wegen Überfällen auf Antifaschisten beim NPD-Parteitag in Steinburg wurden sie zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

In Eutin wurde der Motorroller eines Antifaschisten durch Klebstoff fahruntüchtig gemacht.

Das „Bündnis gegen Rechts“ in Neumünster fordert nachdrücklich die Schließung des Nazi-Treffpunktes „Club 88“

Wi

Antifaschistische Nordkonferenz vom 24.2. bis 26.Februar 2012 in Heideruh

Wieder einmal seid Ihr herzlich eingeladen in das Ferienheim der VVN-BdA „Heideruh“ zu der Konferenz der VVN-BdA – Nordländer Mecklenburg-Vorpommern, Bremen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg. Neben dem Spaß am Zusammensein erwartet Euch natürlich ein interessantes Programm.

Damit so viel wie möglich mitfahren können, werden Sponsoren dringend gesucht (jeder Euro zählt) Spenden auf VVN-BdA Kto. 4332970, BLZ:216 617 19 VR Bank Flensburg Stichwort: Nordkonferenz 2012.

Am Samstag

Veranstalter: Rosa Luxemburg Stiftung Niedersachsen e.V. (RLS) und Heideruh e.V. – Antifaschistische Erholungs- und Begegnungsstätte und Neofaschismuskommission Küste der VVN-BdA.

„Rechtspopulismus in Deutschland“ mit Alexander Häusler, Sozialwissenschaftler und Rechtsextremismusforscher, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Arbeitsstelle Neonazismus der Fachhochschule Düsseldorf.

„Rechtspopulismus im politischen Raum“ mit Yves Müller, Abgeordneter im Berliner Abgeordnetenhaus. Umgang mit Neofaschistischen und rechtspopulistischen Parteien in Parlamenten Abends „Lieder zum spanischen Bürgerkrieg“ mit Achim Bigus, Osnabrück.

Kulturelles Abendangebot von RLS und Heideruh

Am Sonntag

„Zukunftsentwurf Antifaschismus“
65 Jahre VVN-BdA

– Kritische Würdigung
mit Ulrich Sander, Dortmund Bundessprecher der VVN-BdA

– Internetauftritt, Austausch,

– Verabredungen

Kosten

Die Kosten für Unterbringung in Heideruh und Verpflegung variieren je nach Teilnahmezeitraum:
24.02.2010, 18.00 Uhr – 26.02.2010, 12.00 Uhr: 90 Euro Doppel- oder Einzelzimmer wählen. 25.02.2010, 9.30 Uhr – 26.02.2010, 12.00 Uhr: 60 Euro
Vegetarier extra anmelden
Nur Mittag 7 Euro oder Abendbrot 6 Euro.
Auch dazu vorher anmelden !!!

Adresse:

Heideruh
21244 Buchholz/Nordheide
Ortsteil Seppensen
Ahornweg 45
Tel. 04181-8726
Fax 04181-281142
Bahnstation Buchholz. Abholdienst vom Bahnhof organisierbar.
Anmeldung für Schleswig-Holstein bei Lore Meimberg bis 30.1.2012 unter Tel. 04543/7107 oder E-Mail LoBeMeimberg@t-online.de

18. Friedenspolitischer Ratschlag in Kassel

UMBRUCH – Die Politik in die eigenen Hände nehmen

Dieses ist die Aufforderung, sich für den Frieden in der Welt zu engagieren. Die Politik hat im Jahr 2011 beim Erhalt des Friedens versagt. Das zeigt der Krieg gegen Libyen, der nicht endende Krieg in und gegen Afghanistan und das zeigen die Kriegsdrohungen gegen den Iran und Syrien.

Nur bei mehr Druck aus der Bevölkerung heraus könnte es gelingen Kriege zu beenden und neue zu verhindern.

Die neuen Bewegungen, globalisierungskritisch, ökologisch und antikapitalistisch drücken die zunehmende Unzufriedenheit der Bevölkerung über die Entdemokratisierung und „Kapitalisierung" der Politik aus. Die Menschen verlangen nach Souveränität und Partizipation – auf allen Ebenen der Politik.

Friedensbewegung und andere sozialen Bewegungen stehen vor großen Herausforderungen.

Das friedenspolitische Aktionsprogramm 2012 des Ratschlags soll hier in Auszügen vorgestellt werden.



VetreterInnen von Attac, IPPNW, die Linke und IG-Metall zu dem Thema „Die Politik in die eigenen Hände nehmen – Friedens- und soziale Bewegungen als Akteure" *Foto: Lore Meimberg*

Kriege beenden – Waffenexporte stoppen – Demokratie und soziale Gerechtigkeit durchsetzen

Afghanistan-Krieg beenden:

Mit Aussagen wie z.B.„wenn es die Sicherheitslage erlaubt" oder „nur die Kampftruppen sollen abgezogen werden" oder „ein kleiner Teil der Kampftruppen soll bleiben um die Ausbildung der afghanischen Polizei und Armee abzusichern" zeigt die Regierung, dass ihre Versprechungen, deutsche Truppen bis 2014 abzuziehen, unglaubwürdig sind.

Die Friedensbewegung setzt sich weiterhin für eine sofortige Beendigung des Einsatzes ein. Für den gemeinsamen Unterschriften-Appell der Friedensbewegung „Den Krieg in Afghanistan beenden – zivil helfen", soll weiter geworben werden.

Militärintervention in Syrien verhindern:

Die USA, die EU und die Bundesregierung fördern eine gefährliche Eskalation. Jede Einmischung von außen – auch wenn sie sich noch so „humanitär" gibt, ist von fremden Interessen geleitet und widerspricht dem völkerrechtlichen Prinzip der „Selbstbestimmung" und der „Souveränität" der Staaten.

Kein Krieg gegen Iran:

Der Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) enthält weder neue Erkenntnisse über das iranische Atomprogramm noch belastbare Belege für einen akuten „Griff nach der Bombe". Israelische Regierungskreise diskutieren trotzdem über einen Militärschlag gegen Ziele im Iran.

Die Friedensbewegung setzt sich für die Vorschläge zur Entspannung ein. Sie reichen von Gesprächen über Sicherheitsgarantien über die Beendigung der Sanktionen bis hin zu Verhandlungen über eine atomwaffenfreie Zone im Nahen/Mittleren Osten.

Nein zur europäischen Militärunion:

Die Europäische Union ist mit dem Lissabon-Vertrag endgültig zu einem Militärbündnis geworden. Sie verfügt über eine eigene Sicherheitsstrategie und eine europäische Rüstungsagentur, deren Aufgabe es ist, die geforderte Verbesserung der militärischen Fähigkeiten der EU (Aufrüstungsverpflichtung) zu vermitteln und zu managen.

Es bleibt Aufgabe der Friedensbewegung die Militarisierung der EU zu bekämpfen.

Keine Interventionsarmee Bundeswehr:

Wir brauchen keine weltweite Interventionsfähigkeit zur „Sicherung der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands". Wo Menschen ihrer fundamentalen Rechte beraubt werden, ist wirksame Hilfe nur mit zivilen, nichtmilitärischen Mitteln möglich. Jede Art nicht-militärischer Prävention, jede Form ziviler Konfliktbearbeitung, jeder Einsatz politischer, ökonomischer, sozialer und kultureller Mittel ist das vernünftige Gegenteil von militärischer Intervention.

Gegen Neonazismus und Demokratieabbau:

Wir fordern das Verbot der NPD und anderer neofaschistischer Organisationen. Wir setzen uns ein für die Auflösung des „Amts für Verfassungsschutz", das in skandalöser Weise eher die Neonazis vor der Verfassung schützt als umgekehrt. Wir wenden uns gegen alle staatlichen Versuche, den

⟶

demokratischen Widerstand gegen die braune Gefahr mundtot zu machen und zu kriminalisieren (z.B. mittels „Extremismusklausel“ oder polizeilicher Gewalt gegen Nazigegner).

Die UN-Charta einhalten und die UNO demokratisieren:

Frankreich, Großbritannien, die USA und später die NATO führten Krieg gegen Libyen, der nicht den Schutz der Bevölkerung, sondern die Beseitigung des Gaddafi-Regimes zum Ziel hatte – und das nicht aus humanitären Gründen. Die Medien verurteilten nicht etwa den sieben Monate andauernden Bomben- und Raketenkrieg der NATO, sondern die militärische Abstinenz Deutschlands. Der militärisch erzwungene Sturz und die Ermordung Gaddafis wurden überwiegend als wegweisendes Modell „humanitärer Interventionen“ angesehen. Das wäre für das Völkerrecht verheerend und würde die Charta der Vereinten Nationen schädigen.

Trotz der Fehlleistung der UNO, sich selbst ein Mandat für den Libyenkrieg zu erteilen und der zunehmenden Instrumentalisierung durch die westlichen Großmächte, bleibt das UNO-System ohne vernünftige Alternative.

Der Bundes-Arbeitskreis Frieden und Antimilitarismus der VVN-BdA wurde in Kassel um einige Mitglieder erweitert und wird die Aktionen der Friedensbewegung unterstützen.

Es liegen DVDs vor u.a. von Karin Leukefeld über Syrien und von Prof. Norman Paech über die israelische Justiz im Westjordanland. Gegen 4,– können sie bei uns bestellt werden. Das Aktionsprogramm findet man auf den Seiten www.kueste.vvn-bda und www.ag friedensforschung – es kann auch zugeschickt werden.

Bernd Meimberg

Der Widerstand begann nicht erst 1933

„Elmshorner Arbeiterinnen und Arbeiter im Politischen Widerstand 1914-1935“



Das ähnliche Layout täuscht. Das vorgelegte Buch von Alfred Rasmussen ist nicht Teil der bekannten Reihe: „Beiträge zur Elmshorner Geschichte“. Der einzige explizite Beitrag zum antifaschistischen Widerstand in den bisherigen 23 Bänden „Berichte von Widerstand und Verfolgung in Elmshorn 1933-1945“ von Herbert Diercks stammt aus dem Jahr 1989 und ist im Band 3 der Reihe erschienen. Warum die Monografie von Rasmussen keinen Platz in dieser Reihe fand, soll hier nicht weiter erörtert werden. Umso verdienstvoller ist es aber, dass Michael Plata vom Ortsarchiv Horst diese wichtige Arbeit veröffentlicht hat.

Alfred Rasmussen hat die Ortsgeschichtsschreibung Elmshorns um einen zentralen Aspekt bereichert. Für eine Industriestadt bleibt Historiografie ohne die Geschichte der Arbeiterbewegung fragmentarisch und die politische Geschichte des 20. Jahrhunderts reine Herrschaftsgeschichte.

Die überregionalen Ereignisse, die Entstehung der Arbeiterparteien, der erste Weltkrieg, die Novemberrevolution, der Kapp-Putsch u. a. bilden den Rahmen der Darstellung. Gefüllt wird er aber aus der örtlichen und regionalen Perspektive. Der Autor stützt sich dabei auf die wenigen von den zumeist schon verstorbenen Zeitzeugen hinterlassenen Aufzeichnungen. „Dokumente und viele Fotos wurden auch von den Kindern und Enkelkindern der betroffenen Generation beigesteuert“.

Als weitere Quellen nennt Rasmussen die beiden Tageszeitungen „Elmshorner Nachrichten“ und die „Elmshorner Zeitung“. Ein Vorzug des vorliegenden Buches besteht im verwendeten Bildmaterial. Die zum großen Teil bisher unveröffentlichten Fotos aus der Sammlung des Autors illustrieren in beeindruckender Weise die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen und Arbeiter in Elmshorn.

Im einleitenden Kapitel steht die sich stetig verschlechternde Lage der Bevölkerung von 1914 bis 1918 während des Ersten Weltkriegs im Mittelpunkt. Auch in Elmshorn kam es im März 1917 zu Hungerunruhen und der Widerstand gegen den Krieg regte sich. Ein hoffnungsvoller Neuanfang schien möglich, als am 6./7. November 1918 der Soldatenrat aus Itzehoe auch in Elmshorn die Amtsgeschäfte übernahm und sich darauf ein Elmshorner Arbeiterrat konstituierte.

Es sind selbstverständlich wieder die reichsweiten Auseinandersetzungen wie die Niederschlagung des Kapp-Putsches, die Kämpfe gegen die Wiederaufrüstung und die Fürstenabfindung, gegen den Paragraph 218 u.a., die sich in den Aktivitäten in Elmshorn widerspiegeln und es sind spezielle örtliche Ereignisse wie der Elmshorner Bildersturm, die Bahnhofsschlacht und unterschiedliche Demonstrationen, die im Buch behandelt werden.

Rasmussen beschreibt den hohen Stand der Organisiertheit der Elmshorner Arbeiterinnen und Arbeiter in den Arbeiterparteien SPD, USPD und KPD, aber auch in den proletarischen Wehrorganisationen Reichsbanner und Rot-Frontkämpfer-Bund, in der Roten Hilfe, der Revolutionären Gewerkschaftsopposition sowie im Roten Frauen- und Mädchenbund.

Die Pole des Kampfes werden in den Personen „Wilhelm Grezesch – Ein Garant nationalsozialistischer Machtpolitik“ und „Reinhold Jürgensen – Ein Vertreter der Arbeiterklasse“ exemplifiziert.

Mit der Machtübertragung und dem Ermächtigungsgesetz verschlechtern sich die Bedingungen für den Widerstand dramatisch. Dem Verbot der Arbeiterparteien und -organisationen folgen Illegalität und Verfolgung.

Rasmussen schildert das Schicksal „Elmshorner Arbeiterinnen und Arbeiter im ‚Kolafu'", als „Moorsoldaten in Esterwegen" und die „Prozesse gegen ‚Offenborn und Genossen'".

Bewegend ist die abschließende beispielhafte Darstellung bekannter und weniger bekannter Einzelschicksale wie Anna und Johann Peter Modrow, Richard Jürgensen, Frieda und Hermann Will, Erich Krämer und Pauline Krabisch.

Die Arbeiterbewegung hat die Ansätze zur Demokratie in der Weimarer Republik mit der Novemberrevolution erzwungen, der Zentrumspolitiker Wirth hatte nach dem Mord an Rathenau den Feind dieser Demokratie verortet: „dieser Feind steht rechts!" Es waren die in den Arbeiterparteien und den Gewerkschaften organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter, die diesen Feind von Anfang an bekämpften. Sie waren deshalb auch die ersten Opfer in den Konzentrationslagen. Die Elmshornerinnen und Elmshorner unter ihnen mahnen uns auch durch das Buch von Alfred Rasmussen, in diesem Kampf nicht nachzulassen. Dass Wirths Anklage von brennender Aktualität ist, beweisen nicht erst die jüngsten Ereignisse und Enthüllungen.

Alfred Rasmussen: Elmshorner Arbeiterinnen und Arbeiter im Politischen Widerstand 1914-1935. Michael Plata, Horst 2011. Geb., 228 S.

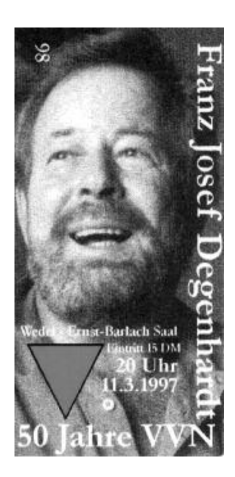
Das Buch wird über die Buchhandlung Heymann, Elmshorn, vertrieben.

Jürgen Brüggemann

Abschied von Franz-Josef Degenhardt

Eigentlich sollte es ein Konzert zu Ehren seines 80. Geburtstages werden, zu dem die „Junge Welt" nach Berlin eingeladen hatte. Dann aber wurde es ein Abschiedskonzert, weil der treue Kampfgefährte aller Linken in diesem Lande, der Liedermacher und Schriftsteller Franz-Josef Degenhardt, am 14. November in Quickborn verstorben ist. Schon nach zwei Tagen waren die Karten für die Veranstaltung vergriffen. Tausende wollten aus allen Teilen Deutschlands anreisen, um ihn noch einmal zu ehren. Sie mussten zuhause bleiben und in der eigenen Wohnstube noch einmal seine CD oder Platten auflegen, den vertrauten Liedern lauschen, die uns begleitet und mit Kampfesmut erfüllt haben.

Mitglieder und Freunde der VVN-Bund der Antifaschisten Schleswig-Holstein erinnern sich zum Beispiel eines Jubiläumskonzerts mit Franz-Josef Degenhardt am 11. März 1997 in Wedel zu „50 Jahre VVN". Insbesondere der Wedeler Gruppe schien es ein Wagnis, den größten Saal der Stadt zu mieten und die Veranstaltung mit eigenen Kräften vorzubereiten und zu organisieren. Das finanzielle Risiko sprengte alle bisherigen Dimensionen. Die Kameradinnen und Kameraden vor Ort waren unerfahren und hätten niemals vermutet, dass „Väterchen Franz" in der Stadt soviel Anhänger haben würde. Ängstlich erkundigten sie sich regelmäßig nach den Ergebnissen des Vorverkaufs. Als schließlich alle 265 Sitzplätze des Ernst-Barlach-Saals verkauft waren, mussten sogar noch Stühle aus der Schule herbei geschafft werden. Es wurde die größte Veranstaltung der VVN-BdA in Schleswig-Holstein seit mindestens 40 Jahren.



Antifaschismus gehörte schon immer zu den Themen seiner Songs, Balladen und Moritaten. Als er in Wedel auftrat, hatte er gerade nach dem Brandanschlag auf ein Asylantenhaus in Lübeck ein Lied geschrieben und erhielt dafür riesigen Beifall. In seinem „Lied für die ich es sing" kam sein Antifaschismus zum Beispiel so zutage:

Dies Lied ist für Lisa,
Tony und Gerd,
haben die Schreie
nicht überhört
in jener Nacht, als das
johlende Pack
das Flüchtlingsheim
angesteckt hat.
Rannten durch Knüppel und Steine ins
Haus,
löschten und hielten
solange aus,
bis schließlich die Polizei auftrat
die Nazis nach Hause
bat.
Ihr habt noch in derselben Nacht
Die Kinder zu euch nach Haus
gebracht.
Beim Lachen und Spielen mit ihnen
verflog
Die Angst und ihr tanztet dann
noch.
Es müsste die Stadt, Lisa, Tony und
Gerd
Vom Erdboden verschwinden, wenn
ihr nicht wärt.
Im Antifa-Himmel kriegt ihr zu
dritt
Den Orden „Pour le Merite".

Wir sind stolz darauf, dass er für uns gesungen hat und für jene, mit denen wir verbunden sind im Kampf für eine Zukunft ohne Krieg und Faschismus.

Wi

Veranstaltungen zur Reichspogromnacht

26. 1. um 19 Uhr im Saalbau der Freien Waldorfschule, Adenauerdamm, Elmshorn.
„Gegen das Vergessen"
Beiträge von Schülern und Schülerinnen verschiedener Schulen zu Themen „Alltag im KZ Auschwitz", „Todesmarsch von Auschwitz" sowie einem Theaterstück.

27.1. um 19.30 Uhr in der Stadtbücherei Wedel, Rosengarten 6
Berichte der Zeitzeugen Marianne Wilke als sogenannte „Halbjüdin" und Maarten Sloves, dessen Eltern in Holland eine jüdische Familie versteckten.
Kultureller Rahmen: Anna Haentjens, Chansonsängerin, Klavier: Sven Selle.

Die Schrödersche Schnüffelklausel hilft nur Faschisten – und der CDU

Quo vadis Extremismusklausel?

Seit Bundesfamilienministerin Kristina Schröder die „Extremismusklausel“ im Jahr 2010 auf den Weg gebracht hat, reißt die Kritik daran nicht ab. Eine verfassungsrechtliche Prüfung der Erklärung sei dringend notwendig. Tatsächlich behindert die Klausel Projekte für mehr Demokratie und diskreditiert Menschen, Initiativen und sogar Parteien. Eine antifaschistische Initiative hat mittlerweile Klage eingereicht.

Für erfolgreiche Arbeit gegen rechte Gewalt und rechten Terror, Rassismus und Antisemitismus wird Geld benötigt, das die Bundesregierung auch teilweise zur Verfügung stellt. Seit dem 1. Januar 2011 müssen Initiativen, die sich im Kampf gegen Rechts engagieren und vom Staat fördern lassen, aber die sogenannte „Extremismusklausel“ unterschreiben. Die verlangte Erklärung beinhaltet ein Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und eine Verpflichtungserklärung zukünftige Partnerinnen und Partner ebenso auf ihre Grundgesetztreue zu überprüfen. Das bringt Engagierte auf die Palme. Die Klausel behindere Projekte und Gruppen im Kampf gegen Rechts.

Spätestens seit der Verleihung des Sächsischen Förderpreises für Demokratie im November 2010 ist die „Extremismusklausel“ des Familienministeriums in aller Munde. Der damals vorgesehene Preisträger, der Verein Akubiz aus Pirna, hatte sich geweigert, eine „Demokratie-Erklärung“ zu unterschreiben. Akubiz sprach von „Schnüffelei“ und ließ im Oktober 2010 den sächsischen Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich (CDU) mit seinem Preis stehen. Damit sorgte der Verein für eine wütende Debatte über die „Extremismusklausel“. Mittlerweile hat er Klage eingereicht.

Schnüffelstaat und Stasi-Methoden

Gerade der zweite Teil der Klausel stößt den vielen Engagierten sauer auf. Denn er fördert eine Kultur des Misstrauens zwischen Gruppierungen, die eigentlich zusammenarbeiten sollten. Es müssen alle überprüft werden, die mit einem finanzierten Projekt in Zusammenhang stehen, zum Beispiel auch Musiker, Ordner, Copy-Shops und Druckereien, Pizza-Boten usw. Wörtlich heißt es in den Erläuterungen des Familienministeriums: „Als Partner sind diejenigen zu verstehen, die von den geförderten Trägern aktiv in die Umsetzung der Projekte mit einbezogen werden. Dies kann durch die Gewährung materieller Leistungen (z. B. durch Zuwendung oder Vergabe) oder auch im Wege immaterieller Leistungen geschehen.“ Das erinnert stark an Stasi-Methoden in der ehemaligen DDR. „Diese Aufforderung zur Schnüffelei ist eine Zumutung“, sagt Anetta Kahane, Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung. Auch die Stiftung wurde bereits aufgefordert, die Erklärung zu unterschreiben. Sonst hätte sie die jährlichen „Aktionswochen gegen Antisemitismus“ nicht organisieren können. So sagte Anetta Kahane auch dem SPIEGEL: „Hätte ich mich zum Märtyrer machen und auf das Geld verzichten sollen?“ Ihre Einwände schrieb sie unter die Erklärung: „Grundsätzlich ist es nicht Aufgabe freier Träger, die Überprüfung Dritter auf Verfassungstreue zu vollziehen“, so der Wortlaut. Eine verfassungsrechtliche Prüfung der Erklärung sei damit dringend notwendig. Weiter heißt es in den Erläuterungen des Familienministeriums: „Zu den immateriellen Leistungen kann z. B. die Einbeziehung in die Organisation eines Workshops oder in die Mitwirkung als Podiumsteilnehmende an einer Veranstaltung gehören, die aus Mitteln der Programme „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ oder „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“ gefördert werden.“ Auf gut deutsch: Das Familienministerium verlässt sich nicht auf die Stärke der Demokratie sondern fordert obrigkeitshöriges Denken und Handeln ein. Eine kontrovers geführte Diskussion darf nur so kontrovers sein, wie es der Ministerin nicht unheimlich wird. Damit wird genau das beschädigt, was eine Demokratie so erstrebenswert macht und was es in Staaten wie der DDR nicht gab: nämlich Meinungsfreiheit, Vielfalt, Toleranz und mehrheitliche Verhältnisse.

Verfassungsrechtliche Bedenken

In der Debatte um die „Extremismusklausel“, die schon begonnen hatte, bevor die Klausel Anfang 2011 offiziell eingeführt wurde, wurden immer wieder Vorwürfe gegen Vereine, Verbände und Initiativen laut, die sich im Kampf gegen Rechts engagierten. Die würden die Klausel angeblich deshalb ablehnen, weil sie wüssten, dass diese nötig sei. Ministerin Schröder rechtfertigte die Installierung der „Extremismusklausel“ in der Tageszeitung „Die Welt“ mit der Begründung: „Wer damit schon ein Problem hat, der demaskiert sich selbst.“ Auch im letzten November – also nach Bekanntwerden der Morde durch die NSU-Terrorzelle – hat sie wieder deutlich gemacht, dass sie ihre Position nicht ändern wolle. „Wir bleiben dabei, die Demokratie-Erklärung ist richtig“, sagt ihr Sprecher gegenüber „sueddeutsche.de“. Doch das Bekenntnis zum Grundgesetz ist für die Projekte nicht das Problem. Die Ministerien verlangten es schon länger – zumindest indirekt – vor Einführung der „Extremismusklausel“. Vielmehr geht es um die zwei anderen Absätze der Klausel, in denen es um die oben beschriebenen Tätigkeiten eines Spions geht.

Und genau diese Absätze sind auch rechtlich höchst umstritten. Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) erhebt gegen das verlangte Bekenntnis starke Bedenken. Die „Demokratieerklärung“ sei verfassungsrechtlich zweifelhaft, argumentierte er unter Hinweis auf ein Rechtsgutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages. Der Staat habe bei einem bloßen Zuwendungsverhältnis – anders als bei der Verbeamtung oder der Einbürgerung – wohl kein Recht, ein Bekenntnis zur Verfassung zu verlangen, da der hohe Wert der verfassungsrechtlich geschützten Meinungsfreiheit dem ent-

gegenstehe. Das Gutachten habe zudem bei einer Überprüfung von potenziellen Partnern verfassungsrechtliche Bedenken. Ähnlich sieht das der Rechts- und Verwaltungswissenschaftler Ulrich Battis. In seinem Gutachten kam er zu dem Schluss, dass die „Extremismusklausel“ gegen das Gleichbehandlungsprinzip in Verbindung mit dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz und gegen das Bestimmtheitsgebot des Grundgesetzes verstoßen.

Fatale Gleichsetzung

Die schwarz-gelbe „Extremismuspolitik“ bedient sich auf Grundlage eines überholten Extremismusansatzes einer fatalen Gleichsetzungslogik: „Links- und Rechtsextremismus“ seien demnach zwei Seiten derselben Medaille – antidemokratische Randphänomene, die sich von einer demokratischen „Mitte“ abgrenzen würden und die Abschaffung von Demokratie und Menschenrechten zum Ziel hätten. Diese Unterstellung ist schlicht falsch. Die Ablehnung der Menschenrechte ist Grundidee rassistischer und nationalistischer Bewegungen. 182 Tote, die in den vergangenen 20 Jahren Opfer rechter Gewalt wurden sowie mindestens 10 Tote, die jüngst von einer rechten Terrorbande aus dem „nationalsozialistischen Untergrund“ ermordet worden sind, sprechen eine deutliche Sprache.

Das Fatale an dieser Gleichsetzung ist die Tatsache, dass viele friedliche Bürger, die sich gegen Rechts engagieren, kriminalisiert werden. Friedliche Sitzblockaden werden aufgelöst, Bürger werden verhaftet und nicht selten verletzt. Die Masse der Beschwerden lässt darauf schließen, dass die Polizei „extremistisch“ gegen diese Bürger vorgeht.

Zur Schröderschen „Extremismuspolitik“ stellte der Faschismus-Experte Prof. Wolfgang Wippermann von der FU Berlin im „Diskurskombinat“ klar, dass es den Extremismus-Begriff gar nicht gibt. Im Gegensatz zu Begriffen wie Faschismus oder Terrorismus ist er nicht definiert. Zudem ist er auch kein Rechtsbegriff, die Rechtsprechung kennt diesen Ausdruck nicht. Vielmehr ist extremistisch nur der, der von den politisch Mächtigen so angesehen wird. In seiner Jugend wären das beispielsweise viele Jusos gewesen, also Angehörige der SPD-Jugendorganisation. Vom Verfassungsschutz wird der Begriff normativ benutzt. Hier stellt er also ein Quasi-Vorverurteilung dar, ohne dass es eine rechtliche Grundlage gibt.

Tatsächlich nutzt die „Extremismusklausel“ also nur den Neonazis und der CDU. Letztere kann so die Konfrontation mit Andersdenkenden vermeiden, indem sie diese als „unnormal“ darstellt. Und durch die Gleichsetzung von „Linksextremismus“ und „Rechtsextremismus“ werden die Untaten der Neonazis verharmlost.

Thomas Repp

Ältestes VVN-BdA-Mitglied starb im Alter von 97 Jahren

Trauer um Emmi Burmeister

Sie war in Schleswig-Holstein unser ältestes Mitglied: Im Alter von 97 Jahren ist in Niendorf/Ostsee Emmi Burmeister verstorben. Bis an ihr Lebensende geistig rege, nahm sie immer noch lebhaften Anteil am politischen Geschehen, vor allem an den Aktivitäten der VVN-Bund der Antifaschisten. Unvergessen ist ein Brief, den sie im Jahre 2007 anlässlich der Stolpersteinniederlegung für den von den Nazis ermordeten Kommunisten Rudolf Timm aus Neumünster schrieb und der auf ihre Bitte verlesen wurde. Der Brief ist eine eindrucksvolle Mahnung, den Kampf gegen Krieg und Faschismus niemals aufzugeben, auch wenn es die letzten Zeitzeugen nicht mehr gibt.

Emmi Burmeister schrieb u.a.: „Ich bin jetzt 93 Jahre alt und kann leider nicht mehr von Niendorf, wo ich wohne, nach Neumünster kommen, wenn für Rudolf Timm, den ich sehr gut kannte, endlich auch ein Stolperstein gelegt wird.

Es ist mir ein Bedürfnis und ich bin es Rudolf schuldig, dass ich meine Erinnerung an ihn aufschreibe und jemanden bitte, dass sie an meiner Stelle verlesen wird. Rudolf war Kommunist und ein großer Freund der Jugend. Ich selbst war damals 16-17 jährig dem Kommunistischen Jugendverband (KJVD) beigetreten. Er war kein großer Redner, aber wir verstanden ihn. Aus ihm sprach die große innere Überzeugung, die wir mit ihm teilten, dass die Nazis schlecht für unser Land sein würden. Wie recht er hatte. Die schlimmsten Auswirkungen dieses verbrecherischen Systems hat er noch selbst erlebt. Er wurde schon 1934 im Gefängnis am Haart in Neumünster heimtückisch ermordet. Der Mord wurde im „Holsteinischen Courier“ als Selbstmord dargestellt. Nach dem Mord an Rudolf begann in Neumünster eine große Verhaftungswelle. Zu den Verhafteten gehörten auch mein Vater und ich selbst kurz danach. Mein Vater kam ins berüchtigte Lager Papenburg und blieb dort zwei Jahre. Ich blieb in Neumünster und wurde dort wegen einer schweren Erkrankung meiner Mutter auf Fürsprache eines Pastoren nach sechs Monaten entlassen. Das war eine schwere Zeit. Meine Mutter ist aus Kummer über die Inhaftierung ihrer Tochter und ihres Mannes und wegen der andauernden Verhöre und Hausdurchsuchungen durch die politische Polizei so schwer erkrankt, dass sie dem Tode nahe war. Mir ist alles, was damals geschah heute noch so gegenwärtig, als wäre es erst gestern gewesen. Nun bin ich 93 Jahre alt und höre und lese fast täglich von Übergriffen der Neonazis auf Menschen mit anderer Hautfarbe und anderer Länder, von fast wöchentlichen Aufmärschen in deutschen Städten, vom Naziclub 88 in Neumünster, meiner Heimatstadt. Sogar in den Parlamenten sind schon wieder Nazis vertreten. Dass es wieder soweit kommen konnte, bereitet mir auf meine alten Tage große Sorgen. Sollen meine Enkel und Urenkel, von denen ich mehrere habe, dies alles noch einmal erleben müssen? Noch haben wir die Möglichkeit, uns gegen das weitere Erstarken der Nazis zu wehren. Meine Bitte an alle, die zuhören: Lasst es nicht wieder soweit kommen. Erzählt allen, wie es damals war, auch wenn wir, die es erlebt haben, nicht mehr können. Die Wahrheit darf nicht sterben.“

Lübecker Aufruf (gekürzt)

Am 31. März soll es wieder so weit sein: Ein ganzer Stadtteil wird hermetisch abgeriegelt und Neonazis marschieren durch Lübecks Straßen. Immerhin haben die Kundgebungen, Aktionen und Blockaden der vergangenen Jahre dafür gesorgt, dass den Nazis der Weg in die Innenstadt versperrt wurde. Doch damit können wir uns nicht zufrieden geben.

Wir werden ihnen zeigen, dass sie auch in St. Lorenz Nord nicht willkommen sind. Dafür rufen wir alle Lübeckerinnen und Lübecker und Nazigegnerinnen zu einer gemeinsamen Demonstration auf. Diese Demonstration wird in diesem Jahr nicht am Bahnhof halt machen, sondern wir werden mit einer großen Kundgebung am Ziegelteller unseren Protest in Sicht- und Hörweite der Nazis tragen und damit einen Marsch ins Musikerviertel unmöglich machen.

Mit ihrem Aufmarsch wollen die Neonazis die Bombardierung Lübecks im Zweiten Weltkrieg betrauern. Sie wollen über „deutsche Opfer" reden und damit vergessen machen, dass es Hitler-Deutschland war, das diesen Eroberungs- und Vernichtungskrieg begann, in dem über 50 Millionen Menschen den Tod fanden. Und sie wollen vergessen machen, dass hinter den Fronten der Wehrmacht das größte Menschheitsverbrechen aller Zeiten begangen wurde: Der millionenfache industriell organisierte Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden sowie an den Sinti und Roma. Die „Trauer" ist für die Nazis von heute nur ein Vorwand, ihr eigentliches Ziel ist die Verherrlichung des NS-Regimes, das Säen von neuem Hass, die erneute Ausgrenzung von Menschen nach rassistischen Kriterien und die Rechtfertigung von neuem Terror…

Tausende Menschen aus Lübeck und Umgebung wollen sich gemeinsam mit den Anwohnerinnen genau dort versammeln, um gemeinsam deutlich zu machen: Die Nazis sollen ihre geschichtsverfälschenden Parolen nicht ungestört und polizeilich abgeriegelt gegen Protest und Widerstand in unserer Stadt verbreiten können!

Wir schweigen nicht, wir sehen nicht tatenlos zu bei dem Treiben der Neonazis. Wir stehen für eine offene, demokratische und tolerante Gesellschaft, in der für rassistisches und antisemitisches Gedankengut, für eine Verherrlichung des Hitlerregimes kein Platz ist. Wir stehen für ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Hautfarbe, Herkunft, Staatsangehörigkeit und Religion. Deshalb stellen wir uns den Nazis und ihren Parolen entschlossen in den Weg…

Dies wird gelingen, wenn Tausende Menschen am 31. März 2012 gegen die Nazis auf die Straße gehen! Beteiligt euch an den verschiedenen Aktionen, Gottesdiensten und Blockaden! Treffpunkt: Marktplatz 9.30 Uhr

Kontakt:

- ▼ Schleswig-Holstein: Hartmut Büchsel, Gasstr. 12, 24340 Eckernförde [vvn-bda-sh@t-online.de]
- ▼ Kiel: Christel Pieper, Lindenstr. 9, 24118 Kiel, [vvn-bda-kiel@gmx.de]
- ▼ Flensburg: Ludwig Hecker, Schulze-Delitzsch-Str. 44, 24943 Flensburg
- ▼ Neumünster: Heiner Wadle, Looper Weg 25, 24536 Neumünster
- ▼ Norderstedt: Karin Nieswandt, Kastanienweg 5, 22846 Norderstedt [Nieswandt-Karin@t/online.de]
- ▼ Kreis Pinneberg: Günther Wilke, Hasenkamp 8, 22880 Wedel [guentherwilke@web.de]
- ▼ Wedel: Marlen Goischke, Trischenstr. 5d, 22880 Wedel, m.goischke@web.de
- ▼ Barmstedt: Dr. Günther Thiel, Meßhorn 38, 25355 Barmstedt
- ▼ Rendsburg/Eckernförde: Hartmut Büchsel, Gasstr. 12, 24340 Eckernförde, [vvn-bda-sh@t-online.de]
- ▼ Elmshorn: Sonja Stein, Saarlandhof 29, 25335 Elmshorn
- ▼ Dithmarschen: Klaus Looft, Bäckergang 4, 25719 Barlt
- ▼ Itzehoe: Volker Blaschke, Stormstr. 13, 25524 Itzehoe [v.blaschke@web.de]
- ▼ Lauenburg/Lübeck: Lore Meimberg, Dorfstr. 16, 23898 Sirksfelde [lobemeimberg@t-online.de]
- ▼ Ost-Holstein, Volker Rätzke: [vr.vvnbdaoh@email.de]

www.schleswig-holstein.vvn-bda.de
Neofakommission Küste:
www.kueste.vvn-bda.de

V.i.S.d.P.: Marianne Wilke; Satz und Druck: Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung mbH in Köln, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221-21 16 58, gnn-koeln@netcologne.de